



PREMIUM SCHWELLENLÄNDER

Sie wollen in der Welt mitreden

GASTBEITRAG **von Wolfgang Krieger**

02.10.2025, 05:59 Lesezeit: 4 Min.



Mittelmächte wie Brasilien, Indien oder Südafrika fordern Mitsprache bei globalen Entscheidungen. Das müsse Europa akzeptieren, erklärt der DEG-Chefvolkswirt.

Die „Mittelmächte“ eint das Streben nach wirtschaftlicher und politischer Eigenständigkeit und eine selbstbewusste Außenpolitik. Anders als klassische Entwicklungsländer verfügen sie über wirtschaftliche Größe, regionale Führungsansprüche oder spezifische strategische Ressourcen.

Die Gruppe der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) ist Ausdruck dieses Selbstbewusstseins. Die Aufnahme weiterer Länder wie Ägypten, Äthiopien und Indonesien stärkt diese heterogene Gruppe.

Mit der zunehmenden geökonomischen Fragmentierung verändern sich die globalen Kapitalflüsse deutlich. 2024 entfielen laut Vereinten Nationen rund 58 Prozent aller globalen Direktinvestitionen auf Entwicklungs- und Schwellenländer, 2023 waren es noch 52 Prozent, was ihre wachsende Bedeutung als Zielmärkte internationaler Kapitalströme belegt. Gleichzeitig verloren Dollar-basierte Anlagen an Attraktivität – Gold, Lokalwährungen und regionale Kapitalmärkte gewannen.

Mehr finanzielle Möglichkeiten

Arabische Staatsfonds wie der saudische Public Investment Fund (PIF) oder der emiratische Mubadala investieren gezielt in Infrastruktur, Rohstoffe und neue Technologien in Afrika oder Asien. Neue multilaterale Institutionen wie die 2015 gegründete New Development Bank (ehemals BRICS-Bank) oder die 2016 gegründete Asian Infrastructure Investment Bank bieten kreditbasierte Entwicklungsfinanzierung ohne politische Konditionen – beide Institute haben zusammen bis heute fast 100 Milliarden Dollar vergeben. Für viele Schwellenländer bedeutet das größeren finanziellen Spielraum, aber auch mehr Verantwortung bei der Auswahl ihrer Partner und Finanzierungsmodelle.



FRANKFURTER ALLGEMEINE WELTWIRTSCHAFT-NEWSLETTER

Erhalten Sie alles Wichtige zu Globalisierung, Sicherheit und Ressourcen als Teil Ihres FAZ+ Premium Abos - alle Inhalte auf FAZ.NET, Werbefreiheit und 4 Zugänge inklusive.

4 Wochen für nur 1,99 € testen

Auch der globale Warenhandel befindet sich im Umbruch. Die USA bieten Schwellenländern neue Absatzmärkte, etwa durch ihre gezielte Suche nach Alternativen für China in Bezug auf die Beschaffung von kritischen Rohstoffen. Gleichzeitig hat Marktzugang seinen Preis: Wer von den neuen

Handelschancen profitieren will, muss im Gegenzug seine Märkte stärker für US-Produkte öffnen. Andernfalls drohen neue Zollbarrieren, die den Export erschweren. So erhält Washington etwa durch ein neues Abkommen mit Indonesien verbesserten Zugang zu Kupfer, im Gegenzug öffnet Jakarta seinen Markt für amerikanische Produkte wie Agrargüter, Fahrzeuge und Medizintechnik.

China wiederum versucht, seine industriellen Überkapazitäten mehr in Entwicklungs- und Schwellenländer zu lenken, nicht zuletzt weil die USA und die EU ihre Schutzmaßnahmen gegen Marktverzerrungen weiter verschärfen. Lokale Produzenten geraten dadurch zunehmend unter Druck. Die Balance zwischen neuen Exportchancen und wachsender Importkonkurrenz wird für viele Schwellenländer zur zentralen Herausforderung.

Die klassische Geber-Nehmer-Logik weicht zunehmend investitionsgetriebenen Ansätzen. Blended Finance, ESG-Investments und öffentlich-private Partnerschaften zielen darauf, Eigenverantwortung zu stärken und dauerhafte Abhängigkeiten zu vermeiden. Gleichzeitig wächst der Druck neuer Geberländer, ihre eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen stärker zu berücksichtigen. Das bedeutet für traditionelle Akteure, dass sie gezielter investieren müssen – nicht nur in Projekte, sondern in strategische Partnerschaften.

Was Europa tun kann – und tun muss

Deutschland und die EU stehen vor der Aufgabe, nicht nur Beobachter, sondern Mitgestalter einer sich wandelnden Weltordnung zu sein. Mit gezielten Initiativen können sie Partnerschaften mit Schwellen- und Mittelmächten strategisch vertiefen – etwa durch Doppelbesteuerungsabkommen mit Ländern wie Nigeria oder Brasilien, um Investitionen abzusichern, oder durch Projektfinanzierungen über bilaterale und multilaterale Institutionen, beispielsweise für grüne Infrastruktur in Südafrika oder nachhaltige Mobilität in Kenia.

Stipendienprogramme für Studierende aus Südostasien und Subsahara-Afrika, kombiniert mit Rückkehroptionen, stärken zudem den langfristigen Wissenstransfer. Ebenso wäre eine noch stärkere Unterstützung von Reformen globaler Institutionen, etwa der Vereinten Nationen oder der Weltbank, zugunsten von mehr Mitsprache der Entwicklungs- und Schwellenländer, ein wichtiges Signal für glaubwürdige Mitgestaltung und neue internationale Verlässlichkeit.

MEHR ZUM THEMA

Die Zukunft der globalen Institutionen

PREMIUM ZEW-PRÄSIDENT

Trumps Fehler sind Europas Chance

PREMIUM AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Wie Berlin die Exportnation stärken sollte

Das europäische Global-Gateway-Programm ist dabei ein erster Schritt. Diese Investitionsinitiative der Europäischen Kommission zielt darauf ab, bis 2027 weltweit bis zu 300 Milliarden Euro zu mobilisieren, um nachhaltige Infrastruktur in den Bereichen Digitales, Energie, Verkehr, Gesundheit sowie Bildung und Forschung zu fördern. Entscheidend wird sein, ob Europa pragmatische, wettbewerbsfähige und dauerhaft tragfähige Angebote machen kann.

Die sich ändernde Weltordnung ist keine Einbahnstraße. Schwellenländer und Mittelmächte sind keine Spielbälle geopolitischer Konkurrenz, sie treten selbstbewusst als aktive Gestalter auf. Wer mit ihnen zusammenarbeiten will, muss zuhören, investieren und bereit sein, neue Koalitionen einzugehen. Strategische Partnerschaften, die auf die Einbindung des Privatsektors, neue Abkommen und gezielte Infrastrukturinvestitionen setzen, bietet auch deutschen und europäischen Unternehmen gute

Chancen, nicht nur wirtschaftlich zu profitieren, sondern auch zur nachhaltigen Entwicklung dieser Länder beizutragen.



Wolfgang Krieger

Wolfgang Krieger ist Volkswirt der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, die Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern finanziert. Sie ist eine Tochtergesellschaft der KfW Bankengruppe.

Bild: Privat

Quelle: FAZ.NET [Artikelrechte erwerben](#)



 [Zur Startseite](#)

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2026
Alle Rechte vorbehalten.